

Kosovo-Krieg und Interesse - einseitige Anmerkungen zur Geopolitik

von Erich Schmidt-Eenboom

Nach gängiger Lesart führten die NATO-Staaten den Kosovo-Krieg so gänzlich frei von egoistischen Interessen. Landauf, landab beteuerten die Kommentatoren, daß es in diesem Falle nicht um die "Befriedung" einer Erdölförderregion ging, daß - anders als in Afghanistan, Somalia, dem Irak oder Zaire - der Verdacht leicht von der Hand zu weisen sei, den ethnischen Säuberungen im Kosovo Einhalt zu gebieten, sei ein nur sekundäres Kriegsziel der Allianz gewesen. Allein diese Beschwörungsformeln sind bezeichnend, demonstrieren sie doch die Einsicht, daß es beim Einsatz militärischer Mittel seitens der westlichen Industrienationen und voran der USA in der Regel nicht um humanitäre Antriebskräfte ging, sondern um den schnöden Mammon. Doch die erleichtert vorgetragene Erklärung, die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen sei das einzige Wertpapier, dessen Bonität hier durch Bomben gestärkt werden solle, greift zu kurz, läßt geopolitische Momente vollkommen außer acht.

Wohlthuend hob sich von dieser seichten Bequemlichkeit der Kommentar "Krieg und Interesse" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 15. April 1999 ab: "Bei den deutschen Stellungnahmen zum Kosovo-Krieg fällt die mutwillige Naivität auf, mit der viele und zumal solche, die man früher für 'links' gehalten hätte, sich die regierungsamtliche Rhetorik zu eigen machen, die Nato sei ein gewissermaßen interesseloses Medium der Moral, eine Art Menschenrechtsorganisation mit anderen Mitteln. Bei den Intellektuellen ebenso wie bei den Politikern konzentriert sich die Rechtfertigung der Militäraktion fast ausschließlich auf deren 'humanitäre' Aspekte. Man schreckt vor Formulierungen zurück, die auch nur entfernt an ein nationales oder westliches 'Interesse' denken lassen - so, als wäre es unanständig, daß es einem militärischen Apparat auch um Einflußsphären gehen könnte".

Ist diese Katze erst aus dem Sack, öffnet sich die ganze Palette inkriminierender Fragen nach Ursache und gewünschter Wirkung der blutigen Luft-Kampagne, die gängiges Völkerrecht schwerwiegend verletzte und sich dabei auf einen übergesetzlichen Notstand, auf legitime Nothilfe im Fall einer systematischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik berief. Für die Kernfrage nach der

Wahrhaftigkeit dieser Argumentation ist hier wenig Raum. Aber ein Bundeskanzler sollte bereits aus seinem Amtseid wissen, daß Gerechtigkeit nur ist, was man gegen jedermann übt. Die Berufung auf das Recht zur militärischen Intervention in den Fällen schwerer und systematischer Verletzungen der Menschenrechte bedeutet zugleich die Pflicht, es in allen gleich gelagerten Fällen zu tun. Anderenfalls sticht der Vorwurf, das alte UN-Rechtssystem durch beliebigen machtpolitischen Opportunismus zu ersetzen, das Völkerrecht mithin auf einen Stand vor Dschingis Khan zurückwirft. Wie die Regierung Schröder/Fischer bei einem solchen Prüfstein abschneidet, ist bereits ablesbar. Auf die ethnischen Säuberungen gegenüber den Kurden in der Türkei wird die Richtlinienkompetenz des Kanzlers wohl durch die Lieferung von 200 neuen Panzerfahrzeugen in die Türkei und die Lizenz zum Nachbau von 1.800 weiteren reagieren - Gegenstimmen im Kabinett erstickend.

Eine Fußnote wenigstens müssen persönliche Interessen von Politikern wert sein - weniger jene von Gerhard Schröder, der dem auf Dauer nicht tragfähigen Image des Showmasters einer Polit-Lotterie nun die zweite Maske als verantwortungsgestählter Durchhalte-Politiker hinzufügen kann; weniger die des Glücksritters im Kabinett, Rudolf Scharping, der nach dem dreifachen Scheitern als Kanzlerkandidat, als Parteivorsitzender und als Fraktionsvorsitzender im Bundestag der SPD nun als Militärattaché der Menschenrechte reüssieren kann; mehr das Interesse des amerikanischen Präsidenten, dem die oppositionellen Republikaner despektierlich das Wort von "Clintons Krieg" entgegenhielten. Wenigstens in öffentlichen Angelegenheiten der Moral die Stange zu gehalten zu haben, sollen die Kompendien zur amerikanischen Geschichte ihm einst bescheinigen, und insofern fand seit dem 24. März 1999 auch ein Monica-Lewinsky-Gedächtnis-Krieg statt.

Folgt man nun den Fragen nach den eigentlichen, den strategischen Zielen dieses Krieges, in den die USA - wie Rudolf Augstein in wachsender Schärfe kommentiert - ihre Verbündeten hineingezwungen haben, stößt man auf die den National Security Strategy Report, die nationale US-Sicherheitsstrategie, vom 30. Oktober 1998 mit der Zielvorgabe: "Kern der amerikanischen Strategie ist es, unsere Sicherheit zu erhöhen, unseren Wohlstand zu mehren und Demokratie und Frieden überall in der Welt zu fördern. Wesentlich zur Erreichung dieser Ziele ist amerikanisches Engagement und die Vorherrschaft in der Weltpolitik". Und für die Ausübung dieser

Vorherrschaft setzen die USA in der nördlichen Hemisphäre auf die NATO, ihre „Schlacht- und Schießgesellschaft,, wie sie der Pionier der Genforschung, Erwin Chargoff, im Mai 1999 verbittert taufte.

Aus amerikanischer Sicht war es geboten, die Vereinten Nationen von ihrer vornehmsten Rolle der Friedenssicherung zu beurlauben, sie in diesem Aufgabenfeld in den Vorruhestand zu schicken, weil nach der Verschiebung der Machtbalance nach dem Kalten Krieg Russland und China in den neuen Kräftekonstellation unziemlich widersprechendes Veto-Recht im Weltsicherheitsrat behielten. Der Solo-Super-Power schien nur eine globale Breschnew-Doktrin geeignet, ihren weltpolitischen Monopolanspruch durchzusetzen, ganz gleich was UN-Generalsekretär Kofi Annan dagegen vorbringen wollte. Als in die rot-grüne Koalitionsvereinbarung geschrieben wurde: "Die neue Bundesregierung wird sich aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu bewahren", da war dieses Gewaltmonopol aus Washington bereits nachhaltig bedroht. Seither setzt der Bundesverteidigungsminister unwidersprochen Tag für Tag die "internationale Gemeinschaft" mit dem 19 Staaten umfassenden Militärpakt NATO gleich. In deutschem Interesse liegt dies sowenig wie im japanischen, denn beide Wirtschaftsmächte streben mit absehbarem Erfolg einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat an. Nur, was sollte es Tokyo oder Berlin bringen, wenn dieses Gremium in die Rolle des Zuschauers und Statisten abgedrängt worden ist. Nach dem Washingtoner NATO-Geburtstagsgipfel wurde der deutschen Öffentlichkeit dann als von Bonn erstrittener Kompromiß verkauft, was Clinton bereits 1993 in einem geheimen Regierungsdokument vorgezeichnet hatte: Mit der UNO, wenn möglich, ohne sie, wenn nötig.

Michael Klare, Professor am Hampshire College in Massachusettes und Kenner der amerikanischen Militärpolitik, führte im WDR-Fernsehmagazin MONITOR aus: "Präsident Clinton war entschlossen, den Kosovo-Krieg unter amerikanischer und unter NATO-Führung durchzuführen. Vor dem 50. Jahrestag der NATO wollte er Macht demonstrieren und einen militärischen Erfolg vorführen. Er wollte zeigen, daß die NATO nun in der internationalen Sicherheitspolitik die Führungsrolle hat - und nicht die Vereinten Nationen. (...) Das Kosovo ist Opfer all dieser amerikanischen Anstrengungen, das heißt: Das Thema Kosovo kam in dem Moment auf die

Tagesordnung, als Mister Clinton eine große Demonstration in Sachen neuer NATO-Strategie suchte. Das hätte sonstwo stattfinden können".

Daß der "Rausch der einzig übrig gebliebenen Großmacht" (Peter Scholl-Latour) sich räumlich auf das unmittelbare Einflußgebiet der NATO-Staaten beschränkt und sich nicht zu einem Blutrausch globaler Reichweite auswächst, ist der Trost, den imagebewußte Strategeanalysten spenden. Doch, daß nur die Polit-Banditen im eigenen Hinterhof in die Vorhölle geschickt werden, ist nicht das maßgebliche Kriterium, denn sonst hätten die USA längst bspw. im benachbarten Guatemala, wo die weiße Herrschaft die Nachkommen der Mayas mit Völkermord bedroht, ein kapitäles Gefecht inszenieren müssen. Im Ergebnis wird die neue NATO-Doktrin weltweit eine selektive Interventionschance öffnen, deren Realisierung vor allem davon abhängt, ob die Täter oder die Opfer der NATO mehr am Herzen liegen. Im Einzelfall werden auch innenpolitische Stimmungsschwankungen in den USA, knappe oder überbordende Munitionsvorräte, Erprobungsräume für neue Waffensysteme und Taktiken etc. etc. als sekundäre Determinanten hinzutreten.

Die Verkürzung der Kriegsgründe auf einen quasi beliebigen Probelauf der neuen NATO-Strategie läßt jedoch geopolitische Zielsetzungen, wie sie mit jedem Einsatz militärischer Gewalt verbunden sind, außer acht. In diesem Fall ist es zunächst der häufig ausgesprochene Verdacht, die bereits mehr als halbierte Bundesrepublik Jugoslawien sei deshalb ins Visier geraten, weil sie der letzte Verbündete Russlands in Mittelost- und Südosteuropa ist - nicht nur zeitweise russischer Partner, abhängig von politischen Konjunkturen und wechselnden Regierungen, sondern historisch und religiös bedingt auf lange Dauer. Aus Sicht der USA ist sie damit ein NATO-resistenter Störfaktor auf dem Balkan, tendenziell unheilbar und zur Aufspaltung freigegeben. Unterschätzt haben die NATO-Strategen offensichtlich die über Serbien weit hinausreichende breitenpsychologische Tragfähigkeit der christlich-orthodoxen „Staatsreligion„. Slobodan Milosevic suhlt sich in dem Triumph, durch seinen Widerstand gegen die NATO zur "Ikone der slawischen Massen" aufgestiegen zu sein, eine Rolle die Saddam Hussein seit 1990 für die "arabischen Massen" spielt. Im Innern hat das „erbarmungslose Bombardement„ (Clinton) die Reihen fester geschlossen, pro-westliche Stimmen mundtot gemacht, bei den Bevölkerungen Russlands, der Ukraine und Weißrußlands Wellen der Solidarität mit dem „Schlächter

von Belgrad,, (BILD) ausgelöst und den Blick darauf gerichtet, was diese Staaten von der NATO zu erwarten haben.

Das Selbstbestimmungsrecht der Kosovarinnen und Kosovaren mit militärischen Mitteln durchzusetzen, wohl wissend, daß es über kurz oder lang zu einem Ausscheiden aus dem jugoslawischen Staatsverband führt, war nur der erste Schritt zur weiteren Parzellierung Restjugoslawiens. Im innenpolitischen Konflikt in Montenegro und zwischen Serbien und Montenegro verlor die prowestliche Seite, die Opposition gegen Milosevic, kriegsbedingt an Boden. Dennoch werden westliche Politiker nicht müde, die Andersartigkeit der Teilrepublik zu betonen, und die sichtlich geringere Zerstörung ziviler Ziele dort untermauert die auf Abtrennung gerichtete Zielplanung. Beim "United States European Command" EUCOM in Stuttgart-Vaihingen ist der künftige Einflußbereich der USA auf einer Karte umrissen worden, die MONITOR kürzlich veröffentlichte. Er reicht vom südlichen Afrika bis nach Weißrußland und zur Ukraine. Die weitere Aufteilung Jugoslawiens ist hier beschlossene Sache, weil die jugoslawische Teilrepublik Montenegro bereits als eigenständiger Staat eingezeichnet ist. Die Zielplanung für die Woiwodina, bei der die serbische Hochburg Novi Sad und die Brückenverbindungen nach Serbien so weit vom Kosovo entfernte Schwerpunkte der Bombenangriffe sind, während die ungarische Minderheit in ihren Städten und Dörfern weitgehend verschont bleibt, weckt den Verdacht, daß auch hier neuer Separatismus herbeigebombt werden soll.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber betonte in der dritten Kriegswoche in Moskau, die deutsch-russischen Beziehungen seien ein "kostbares Gut", und er wählte die russische Hauptstadt zum Ort der Verkündung dafür, daß CDU und SPD die rote Linie nicht überschreiten wollen, die vor der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einem Bodenkrieg gezogen ist. In zwei ganz wesentlichen Punkten hatte er mit seiner Haltung recht: Ohne eine die Interessengegensätze friedlich ausgleichende Politik zwischen Berlin und ganz Westeuropa einerseits und Moskau und den GUS-Staaten andererseits wird es keine auf Dauer angelegte Friedensordnung in Europa geben, allenfalls eine neue Blockgrenze am Westrand des slawisch-orthodoxen Raums. Ohne auf beiderseitigen Nutzen konzentrierte Kooperation wächst kein halbwegs ausgeglichener Wohlstandsraum, der jedem Extremismus und politischem Abenteuerertum den Nährboden entzieht. Die

Perspektive auf einen gesamteuropäischen Friedensraum hat durch den Kosovo-Krieg einen schweren Schaden genommen, nicht nur materiell, sondern vor allem im Bewußtsein der Menschen und politischen Eliten in Rußland. Für die USA jedoch gelten mittel- und langfristig andere Interessen, als daß die europäische Kontinentalmasse zu einem politischen und ökonomischen Großraum gleichen oder höheren Gewichts zusammenwächst.

Auch die internationalen Finanzmärkte beantworteten das Cui-bono dieses Krieges eindeutig: In dem seit Januar 1999 ausgerufenen Wettlauf zwischen EURO und US-Dollar verlor die EU-Währung. Der Chefökonom der Deutschen Bank warnte schon nach dem ersten Kriegsmonat, daß mit dem Andauern der Angriffe eine Parität von Dollar und EURO (!) ins europäische Haus stehe. Die von der EU-Außenministerkonferenz am 7. April 1999 beschlossenen Aufwendungen in Höhe von 500 Millionen DM - während die Kriegskosten des ersten Monats bereits zwischen drei und neun Milliarden Dollar lagen¹ - sind einerseits ein Armutszeugnis gegenüber den Militärausgaben, andererseits sind sie nur eine kleine Anzahlung auf die kommenden Mindestaufwendungen. Bill Clinton führt den Marshall-Plan im Munde und hat den Morgenthau-Plan im Tornister, wohl wissend, daß es weitgehend die westeuropäischen Mitbewerber am Weltmarkt sind, die die Zeche für die Beseitigung der Kriegstrümmer zahlen werden. Konservative Politiker mit ausgeprägterem Empfinden für nationale Interessen - öffentlich solche der CSU wie Peter Gauweiler, aber auch Alfred Dregger - sprachen sich gegen den US-geführten Schlag aus. Volker Rühle, der die deutschen Streitkräfte als Verteidigungsminister auf solche Einsätze vorbereitet hatte, votierte - mindestens mit einem Seitenblick auf die Nachfolge Uwe Barschels als christdemokratischer Regierungschef in Kiel - früh gegen Bodeneinsätze. Führende Unionspolitiker scheuten sich nicht, der rot-grünen Bundesregierung Amerikahörigkeit zu bescheinigen. Das hätte die ganze Union angesichts anstehender Wahlkämpfe jedoch nicht gehindert, aus parteitaktischen Gründen die Gefahr einer Isolation, der Bündnisuntreue etc. etc. heraufzubeschwören, wenn die wenig gefestigte Regierung Gerhard Schröders im Februar 1999 Zweifel an der Weisheit der Clinton-Administration geäußert hätte - muß man gerechterweise wohl hinzufügen.

¹ Vgl. SZ vom 14.4.1999

Um die in der Region selbst wurzelnden geopolitischen Probleme zu diskutieren, ist ein historischer Rückblick erforderlich, nicht jener auf das Amselfeld im Jahre 1389, sondern der kurze auf das Albanien in den ausgehenden 80er Jahren. Mit dem Austritt aus der jahrzehntelangen Selbstisolation Albaniens nach dem Tode Envar Hodschas im April 1985 öffnete sich in dem kaum entwickelten Land zugleich ein Machtvakuum, in das zwei Mächte vorstießen. Die Türkei sandte Militär- und Geheimdienstberater und lieferte den Glaubensbrüdern Militärgerät. Der Besuch von Franz Josef Strauß 1987 in Albanien, in dessen Gefolge Wirtschaftsverträge abgeschlossen wurden, und die anschließende Visite von Außenminister Hans Dietrich Genscher markieren eine westdeutsche Gegenoffensive. Seither genießen die Regierungen in Tirana die militärische und nachrichtendienstliche Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes erläuterte dem grünen Abgeordneten Manfred Such im April 1997, seit 1990 seien militärische und dual-use-Güter im Wert von nur ca. zwei Millionen DM nach Albanien gegangen, darunter 1995 mit Billigung des Bundessicherheitsrats 20 Triebwerke MiG-21. 1993 sei für 500.000 DM Polizeihilfe geleistet worden, und im übrigen habe die BRD ab Mai 1995 beim Aufbau einer Militärakademie und eines Militärhospitals geholfen, zwei Militärberater entsandt, im September 1996 einen deutsch ausgebildeten albanischen Sicherungszug in das deutsche IFOR-Kontingent eingebunden und seit 1992 27 albanische Militärs ausgebildet. Dem SPD-Abgeordneten Norbert Gansel war seitens der Regierung vorher mitgeteilt worden, allein zwischen dem 1. Januar 1994 und Ende Mai 1996 seien Ausfuhrgenehmigungen nach Albanien nur für Rüstungsgüter in Höhe von 2,6 Millionen DM erteilt worden². Was der Bundesnachrichtendienst zusätzlich in Richtung Tirana auf den Weg gebracht hatte, ließ die Regierung unbeantwortet.

Die gegenüber dem Westen eingesetzte Abhörtechnik des MfS war mit der Wende in Rußland verschwunden. Die zur Inlandsüberwachung des DDR-Telefonnetzes eingesetzten Geräte älterer Bauart fielen der Bundeswehr ebenso wie Funkgeräte bei der Übernahme der Liegenschaften in großen Mengen in die Hände und landeten in westdeutschen Depots. Das MAD-Amt in Köln hat 1991 einen Teil der MfS-Technik an den albanischen Geheimdienst geliefert. Gemanagt wurde dieser Deal durch den BND-Residenten in Tirana. Während Helmut Kohl nicht müde wurde, die

² Vgl. Antwort des Parl. Staatssekretärs Lammert auf die Frage des Abgeordneten Gansel (Drucksache 13/4828)

DDR wegen der Lauschangriffe auf ihre Bürger als Unrechtsstaat zu klassifizieren, lieferten seine Nachrichtendienste BND und MAD Funk- und Abhörgeräte zur Telefonüberwachung aus den Beständen des Ministeriums für Staatssicherheit und Observationstechnik aus den Altbeständen der Nachrichtenschule der Bundeswehr nach Tirana und bildeten Angehörige des albanischen Geheimdienstes SIKH daran aus - ein ein klarer Verstoß gegen das MAD-Gesetz³. Der BND war seit dem Ende der 80er Jahre sichtlich bemüht, den wachsenden türkischen Einfluß in Tirana auszupendeln und dürfte auch bei der Kooperation mit der UCK maßgeblich von dem Motiv geleitet worden sein, den Einfluß der 1912/13 von dort ausgesperrten Türkei auf dem Balkan möglichst gering zu halten. Die Pullacher mußten von Anfang merken, daß sie dabei zugleich einen Paten des kosovarischen Separatismus unterstützen. Albanien hatte im September 1990 eine Kosovo-Republik anerkannt, ihr Unterstützung zugesagt und spätestens mit der Erklärung von Sali Berisha gegenüber "El Pais" am 26. März 1992, Albanien werde Heimat aller Albaner, den Anschluß-Separatismus auch offen unterstützt.

Einen fruchtbaren Nährboden für militante Separatisten im Kosovo hatte die fatale Entscheidung von Slobodan Milosevic bereitet, der Provinz im Januar 1989 ihre Autonomie zu rauben und an die Stelle der strukturellen Benachteiligung eine massive Repression zu setzen. So bildeten sich zum Anfang der 90er Jahre zunächst regionale Widerstandsgruppen, die jedoch erst mit einem Bekennerschreiben zu einem terroristischen Anschlag im Februar 1996 als UCK die Medienbühne der Weltöffentlichkeit betraten. Es spricht für die seinerzeit ausbaufähige Staatstreue der Kosovaren, daß es mehrere Jahre dauerte, bis aus dem Milieu der chancenlosen Intelligenz in Pristina der harte Kern des militärischen Widerstands wuchs⁴.

Auch im Bosnien-Krieg kämpften 1993 nur wenige Kosovo-Albaner in den zahlreichen paramilitärischen Verbänden für die muslimische Sache. Konzentriert waren diese Albansko Sandzacka - nach Erkenntnissen des niederländischen

³ Der Auftrag des MAD nach MAD-Gesetz vom 20.12.1990 ist die Sammlung und Auswertung von Informationen zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie der Spionage- und Sabotageschutz, sofern ein Zusammenhang mit dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung besteht. Partnerdienstbeziehungen zu ausländischen Geheimdiensten sind allenfalls zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags (Abwehr von Spionage, Sabotage und Zersetzung innerhalb der Bundesrepublik) mit dem MAD-Gesetz vereinbar.

⁴ Vgl. New York Times vom 28.3.1999

Militärgeheimdienstes vom Juli 1994 - im Raum Kresevo in einer Untergruppe der Black Swans, die den schwarzen Schwan, der eine weiße Frau vergewaltigt, im Wappen führen⁵. Im Gegenzug stützen auch nur wenige Kroaten die UCK, im Juni 1998 waren es etwa 40 Söldner aus der Herzegowina⁶. Einer niederländischen Tageszeitung offenbarte ein wichtiger UCK-Kommandant im Juli 1998, der bis zum März 1998 vier Jahre in Deutschland verbracht hatte, die Organisation des bewaffneten Kampfes habe 1991 und weitgehend im Ausland begonnen. In den USA und in Westeuropa hätten die organisierte Beschaffung von Geld und die politischen Bemühungen zur Schaffung eines vereinten Albanien eingesetzt⁷.

Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wurde die UCK als terroristische Vereinigung eingeschätzt und entsprechend überwacht. Der BND nahm zur militanten Opposition in der Bundesrepublik etwa 1992 erste Kontakte auf und entwickelte schnell gute Beziehungen zu ihr. Sein Startvorteil gegenüber den anderen westeuropäischen Nachrichtendiensten lag darin, daß ein zahlenmäßig und politisch gewichtiger Teil der UCK-Führer in Deutschland agierte und sich die Bundesrepublik zur europäischen Drehscheibe erkoren hatte. Zunächst und bis 1997 bestand die UCK nur aus einem schmalen Kern von nur etwa 2.000 professionellen Kämpfern - darunter etwa 250 ehemalige Offiziere der jugoslawischen Bundesarmee - auf der einen und den zahlenmäßig dominierenden Dorfmilizen auf der anderen Seite, die aus dem traditionellen tribalen Clanstrukturen gebildet wurden.

Die militärische Taktik der Terror-Gruppen bestand von vornherein darin, mit ihren Kernverbänden serbische Polizeistationen und -konvois aus dem Hinterhalt anzugreifen und sich anschließend in die Berge zurückzuziehen⁸, so daß die schlecht bewaffneten Dorfmilizen anschließend den brutalen Counter-Guerilla-Operationen der serbischen Sicherheitskräfte hilflos ausgeliefert waren. Bei ihren militärischen "Nadelstichen" gegen Regierungstruppen und Sonderpolizeien setzte

⁵ Vgl. Militaire Inlichtingendienst, Afdeling Landmacht, Sectie Inlichtingen: SUPINTREP - Paramilitaire/Extremistische Groeperingen/Eenheden in Bosnie-Herzegowina en Kroatie, STG CONFIDENTIEEL, Nr. 29417/4/040794, S. 16

⁶ Vgl. Vecernji list, Zagreb 14.6.1998

⁷ Vgl. Haagsche Courant vom 27.6.1998

⁸ Der "Volksbund des Kosovo", 1993 gegründet, verlautbarte im März 1995 in Tirana, er habe 130 Überfälle auf serbische Behörden verübt. Die "erste Schlacht" habe am 25./26. November 1997 in den Dörfern Lausa und Vojnik stattgefunden.

die UCK ab dem Frühsommer 1998 zunehmend auch auf Angriffe gegen die serbische Minderheit im Kosovo, um sie von dort zu vertreiben⁹.

Die amtliche Auskunft des Auswärtigen Amtes vom 28. Dezember 1998 an das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht spiegelt die Lage und die Ziele der Parteien während dieser Phase des Bürgerkriegs zwischen UCK und serbischen Verbänden: "Nach Erkenntnis des Auswärtigen Amtes sind die Maßnahmen der Sicherheitskräfte in erster Linie auf die Bekämpfung der UCK gerichtet, die unter Einsatz terroristischer Mittel für die Unabhängigkeit des Kosovo, nach Angaben einiger ihrer Sprecher sogar für die Schaffung eines 'Groß-Albanien' kämpft". Am Frieden wenig interessiert eskalierte die rapide anwachsende UCK den Bürgerkrieg und kontrollierte im September 1998 40 Prozent des Kosovo. Die jugoslawischen Streitkräfte schlugen zurück und massakrierten dabei vielfach unbewaffnete Zivilisten. Die Drohung mit Luftschlägen führte im Oktober 1998 zu einer Waffenstillstandsvereinbarung, aber die hielt nur bis zum Januar 1999. Die UCK nahm ihre Operationen wieder auf und die brutale Counter-insurgency-Kampagne der jugoslawischen Streitkräfte fand einen blutigen Höhepunkt in Rajak¹⁰.

William Walker, der amerikanische OSZE-Chef setzte unterstützt vom State Department die Legende in die Welt, dort habe eine Massenerschießung serbischer Sicherheitskräfte an unbewaffneten Dorfbewohnern stattgefunden. Das Auswärtige Amt in Bonn verhinderte gezielt die Veröffentlichung der Obduktionsergebnisse einer finnischen Ärztekommision und half damit, das angebliche Massaker von Rajak als letztlcher Kriegsauslöser zu legitimieren¹¹. Einzelheiten aus dem mittlerweile bekannt gewordenen Obduktionsprotokoll hingegen, dass es sich keineswegs um ein Massaker an unschuldigen Zivilisten gehandelt hatte, sondern mehrheitlich um in einer Gefechtssituation getötete UCK-Kämpfer, denn bei 39 der 40 Leichen gab es keine Beweise für aufgesetzte oder aus kurzer Entfernung abgegebene Schüsse, die Schußkanäle waren typisch für Kampfhandlungen und bei 37 der 40 Toten fanden sich als Zeichen eigenen Schußwaffengebrauchs Pulverpartikel an den Händen¹². Wie Diana Johnston schon im Herbst 1999 nachgewiesen hatte, handelte es sich in

⁹ Vgl. New York Times vom 24.6.1998, der zufolge in wenigen Tagen fünf serbische Dörfer um Klina eingenommen und etwa 900 Serben vertrieben wurden

¹⁰ Vgl. Los Angeles Times vom 11.4.1999

¹¹ Vgl. Elsässer, Jürgen: Tödliche Lügen, in: konkret 5/200, S. 12f.

¹² Vgl. Elsässer, Jürgen: Geheimakte Racak, in: konkret 5/200, S. 14f.

Rajak am 15. Januar 1999 eindeutig um eine der OSZE angekündigte Polizeiaktion gegen die Mörder von fünf #Polizisten und zwei albanischen Zivilisten¹³.

Neun Tage vor Beginn des Nato-Luftkriegs hatte das AA am 15. März 1999 dargelegt: "Wie im Lagebericht von 18.11.1998 ausgeführt, hat die UCK seit dem Teilabzug der (serbischen) Sicherheitskräfte im Oktober 1996 ihre Stellungen wieder eingenommen, so daß sie wieder weite Gebiete im Konfliktgebiet kontrolliert. Auch vor Beginn des Frühjahrs 1999 kam es weiterhin zu Zusammenstößen zwischen UCK und Sicherheitskräften, auch wenn diese bislang nicht die Intensität der Kämpfe vom Frühjahr/Sommer 1996 erreicht haben. (...) Es handelte sich bei den jugoslawischen Gewaltaktionen und Gewaltexzessen seit Februar 1998 um ein selektives gewaltsames Vorgehen gegen die militärische Untergrundbewegung (insbesondere der UCK) und deren Umfeld in deren Operationsgebieten. Ein staatliches Verfolgungsprogramm, das sich auf die gesamte ethnische Gruppe der Albaner bezieht, besteht nach wie vor nicht".

Die UCK selbst bezifferte im Vorfeld von Rambouillet die Zahl der Toten in dem bis dahin elfmonatigen Kampf im Februar 1999 auf 2.000¹⁴, und bestätigt so eindrucksvoll, daß der NATO-Krieg ein beträchtlicher Multiplikator ist, was die Zahl der Kriegsoffer betrifft. CIA-Chef George Tenet warnte zu dieser Zeit, daß es beim Ausbleiben einer Friedenslösung nach dem Winter zu einer massiven Verschärfung der militärischen Auseinandersetzungen im Kosovo kommen könne, da die UCK inzwischen weit besser ausgebildet und ausgerüstet sei als zuvor. Die Lage sei auch deshalb viel gefährlicher als im Bosnien-Krieg, weil die Kriegsparteien hier nicht erschöpft seien¹⁵. Dem Armed Services Committee des Senats erklärte der CIA-Chef Anfang Februar 1999, Belgrad werde versuchen, die UCK ein- für allemal auszuschalten, während die Rebellen die Fähigkeit gewonnen hätten, den serbischen Streitkräften größere Verluste zuzufügen. Beide Seiten würden voraussichtlich die Zivilbevölkerung angreifen und es würde weit mehr als die 250.000 Flüchtlinge der vergangenen Jahre geben¹⁶. Hintergrund dieser Warnungen

¹³ Vgl. Johnston, Diana: Das Racak-Massaker als Auslöser des Krieges, in: Bittermann, Klaus und Thomas Deichmann (Hrsg.): Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben, Berlin 1999, S. 56

¹⁴ Vgl. Chicago Tribune vom 5.2.1999

¹⁵ Vgl. Sacramento Bee vom 4.2.1999

¹⁶ Vgl. Chicago Tribune vom 4.2.1999

waren u.a. die Hinweise des österreichischen Heeresnachrichtenamtes (HNA), das die Operation "Hufeisen" der jugoslawischen Streitkräfte aufgeklärt hatte¹⁷.

Nach Angaben der Washington Post hatte das HNA bereits im Januar 1999 Aufklärungsergebnisse an US-Dienste über eine im Kosovo bevorstehende serbische Operation Hufeisen weiter gegeben. Kommentatoren der US-Presse vermuteten, dass es in amerikanischer Absicht lag, via Washington Post die de facto Aufgabe der Neutralität öffentlich zu machen, m.E. auch, um die Dominanz der transatlantischen Partnerdienstbeziehung des HNA hervorzukehren. Offensichtlich, um diesem Eindruck entgegenzuwirken, hat Österreichs Außenminister Wolfgang Schüssel erklärt, die Informationen persönlich bei einer EU-Außenministerkonferenz mündlich weitergegeben zu haben.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums Wolfgang Pucher dementierte - laut Kurier vom 20.4.1999 - die Weitergabe von "strukturierten Daten an die USA, die NATO oder sonst wen", wollte informelle Kontakte einzelner jedoch nicht ausschließen: "Die Amis sitzen in Bosnien, Mazedonien, Italien, Ungarn und sind technisch voll gerüstet. Die brauchen uns nicht". Dieses Dementi weist in die richtige Richtung, weil es die personellen und technischen US-Kapazitäten bei der Nahaufklärung und beim Abgleich mit kontinuierlich angehäuften Vergleichswissen vorsätzlich überschätzt.

Eingeweihte Nachrichtendienstspitzen in Westeuropa verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass der der Öffentlichkeit vermittelte Eindruck eines Austausches von "finished intelligence" falsch ist. Um die Operation Hufeisen aufzuklären, hätte es eines konzertierten Zusammenwirkens eines Nachrichtendienstes mit SATINT-Kapazitäten - nämlich der NSA - und eines FmElo-Nahaufklärers - nämlich des HNA - bedurft. Es handelte sich nicht um eine bloße Datenübermittlung, vielmehr gab es von vornherein um ein operatives Zusammenwirken amerikanischer und österreichischer FmElo-Aufklärer unter Führung der NSA¹⁸.

Mit den im Sommer 2000 vorliegenden Informationen muss man zu der Wertung gelangen, dass es sich bei der angeblich im November 1998 generalstabsmäßig vorbereiteten Operation Hufeisen und eine weitgesteckte Counterguerilla-Operation gegen die UCK handelte, die durch das Vorenthalten der tatsächlichen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse insbesondere von Rudolf Scharping und

¹⁷ Vgl. Format 17/1999 und Profil vom 26.4.1999

¹⁸ Vgl. Schmidt-Eenboom, Erich: Kurzvortrag zur Enquete Polizeistaat Europa, Wien 1.6.1999

Joseph Fischer zu einer Vertreibungs- und Vernichtungspolitik hochstilisiert wurde, um – analog zu Rajak – die brüchige Legitimationsgrundlage des Krieges zu stärken¹⁹.

Bevor die US-Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg in Sizilien landeten, vergewisserten sie sich der Unterstützung der Mafia bei der Invasion. Als langanhaltende Spätfolge bestimmte die unheilige Allianz aus der "ehrenweren Gesellschaft", der Polit-Clique um Giulio Andreotti und amerikanischer Einflußpolitik in Rom die Geschicke des Landes, hielt es gegen die KPI fest in der westlichen Militärallianz. Die amerikanische Hinwendung zur UCK ist die Neuauflage der damals so erfolgreichen Strategie, sich mit einer Mafia gegen einen Diktator zu verbünden. Finanziert wurde die UCK seit Anfang der 90er Jahre durch Millionenbeträge, die sie vor allem von Exilalbanern aus den Vereinigten Staaten, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland erhielt. Im Sommer 1998 bezifferte der Verantwortliche Ibrahim Kelmendi die Tageseinnahme auf 300.000 DM²⁰. Serbische Schätzungen beziffern die Gesamteinnahmen bis März 1999 auf etwa 900 Millionen DM, der BND geht von ca. 500 Millionen aus. Neben den "Spenden" erhielt die UCK auch zwangseingetriebene "Kriegssteuern" und - ausweislich der Ermittlungen von Europol - große Summen aus dem von Kosovaren kontrollierten Bereich der organisierten Kriminalität, zumal sich das "Mutterland" seit der Mitte der 90er Jahre zu einem Eldorado für Großkriminelle entwickelt hatte. Sali Berisha hat in einem Interview mit der Zeitschrift Republika am 11. August 1998 erklärt, es herrsche Chaos in Nordostalbanien, Mafia und korrupte Polizei seien gemeinsam beim Waffenhandel aktiv, und in Albanien blühe der größte Rauschgifthandel in ganz Europa. Und Berisha weiß, wovon er spricht, denn ihm und seinem Clan wird eine Schlüsselrolle im Drogenhandel zugeschrieben.

Europaweit wissen Polizeibehörden und Nachrichtendienste um die zentrale Rolle, die Kosovaren und Albaner im Organisierten Verbrechen, vornehmlich beim Schmuggel harter Drogen, spielen. Im Bericht des Bundeskriminalamtes über die Lage des organisierten Verbrechens 1997 wurde konstatiert, daß sich die Guerilla der UCK auch aus Profiten des Verbrechens finanziert²¹. Im Juli 1998 berichtete das

¹⁹ Vgl. Elsässer, Jürgen: Scharpings Planspiel, in: konkret 5/2000, S. 16ff.

²⁰ Vgl. DIE WOCHE vom 10.7.1998

²¹ Vgl. Focus vom 27.7.1998

norwegische Fernsehen über zahlreiche Fälle von Heroinschmuggel durch Kosovo-Albaner. Der norwegische und schwedische Sicherheitsdienst schätzen, daß der Heroinschmuggel nach Skandinavien zu 80 Prozent in den Händen ethnischer Albaner liegt, und Walter Kege, Leiter der Drogenbekämpfung bei der schwedischen Polizei, gab sich im Interview sicher, daß die Gewinne von mehreren hundert Millionen Kronen in den "sogenannten Befreiungskampf" im Kosovo gesteckt wurden. Pierre Duc, Leiter der Drogenbekämpfung in Lausanne, erklärte im Juli 1998, auch in der Schweiz würden 90 Prozent des Heroinhandels von albanischen Schmugglerringen umgeschlagen, die über dieselben Kanäle in die Gegenrichtung auch Waffen schleusten²². Im Januar 1999 wurde Agim Gaschi, ein 35jähriger Mafiaboss aus Pristina, der den Mailänder Drogenmarkt beherrschte, vom Anti-Mafia-Direktorat und einer Spezialeinheit der Carabinieri festgenommen. In ihrer Operation "Afrika" hatten die italienischen Sicherheitsbehörden ermittelt, daß der Drogenhändler aus einem der in Norditalien dominierenden Verbrecher-Clans für einige Milliarden Lire Kalaschnikow, Panzerfäuste und Granaten in Rumänien, Bulgarien und Albanien für die UCK hatte erwerben lassen²³. Die Schweizer Behörden froren im Sommer 1998 eine Reihe von Konten ein, über die illegale Gelder für die UCK gesammelt wurden²⁴. In den USA hielt sich James Rubins, Sprecher des State Department, in einer Pressekonferenz am 28. Juli 1998 bedeckt. Schweizer Aktionen mißbilligte er nicht, der Frage nach einem Nachziehen der Vereinigten Staaten wich er aus²⁵. Bereits im Mai 1998 hatte das US-Justizministerium, nachdem drei bis vier Millionen US-Dollar für die UCK gesammelt worden waren, verlautbart, Mittel für eine irreguläre Armee zu besorgen, sei nicht illegal, solange diese nicht als Terrororganisation registriert sei²⁶.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Bundesaufsichtamt für das Kreditwesen im Oktober 1998 – offensichtlich aufgrund von anonymen Hinweisen des serbischen Geheimdienstes - 180 Verfahren gegen Unternehmen eingeleitet, die entgegen der Neuregelung des Kreditwesengesetzes Millionenbeträge für Waffenkäufe zur UCK transferiert hatten. In der Folge schalteten die Exilanten auf

²² Vgl. Washington Post vom 27.7.1998

²³ Vgl. Corriere de la Serra vom 19.1.1999

²⁴ Vgl. ap vom 27.7.1998

²⁵ Vgl. Reuters vom 28.7.1998

²⁶ Vgl. Washington Post vom 16.5.1998

klassische Kurierwege um²⁷. Das Bundesaufsichtsamt beklagte bei seinem Bericht an die Bundesregierung ausdrücklich, daß "andere Bundesbehörden" diese kriminellen Aktivitäten tatenlos hinnähmen und zielte damit vor allem auf den Bundesnachrichtendienst, der mit der UCK in Albanien und im Kosovo kooperiert. Die serbische Seite hat in einem ausführlichen Dossier vom 8. März 1999 ihre Sicht der deutschen Unterstützung für die terroristische Vereinigung dargelegt. Die Palette der Vorwürfe ist breit. Sie reicht von der "Gastfreundschaft für Separatisten und Terroristen" - beispielweise für Bujar Bukoschi, den Exil-Ministerpräsidenten, oder für Sali Xhelcaji, den Organisator der militärischen Ausbildung in Albanien -, über die Unterstützung bei der Rekrutierung in albanischen Clubs wie "Jusuf Grvala" in Hannover oder "Emil Duraku" in Düsseldorf bis hin zu illegalen Lieferungen von Waffen und Fernmeldemitteln, die von deutschen Nachrichtendiensten gesteuert worden seien.

Als Partner der UCK ist der BND über die Entwicklungen im Kosovo gut unterrichtet. In seinem Artikel über die 20 beim BND in Pullach auf den Kosovo-Krieg angesetzten hochrangigen Mitarbeiter und über den fernmeldeelektronischen Einsatz gegen den serbischen Militärfunk hat Hans Leyendecker in der Süddeutschen Zeitung den bemerkenswerten Satz formuliert: "Viele der Geschichten über angebliche Massengräber und Greuelthaten der Serben werden von Pullach als nachrichtendienstliche Desinformation bewertet, mit denen Politik gemacht werde"²⁸ - ein Schlag ins Gesicht für die deutschen Drohnen, die die Ausplünderung von Vertriebenen abbilden, und der fleißigen Bienen auf der Hardthöhe, die darauf Anklagen für den Internationalen Gerichtshof in Den Haag stützen möchten.

Die militärische Stärke der UCK betrug 1997 etwa 15.000 Mann, im Sommer 1998 nach eigenen Angaben 30.000. Durch Rekrutierungen im Ausland aufgrund ihres Mobilmachungsbefehls vom März 1998²⁹, im Kosovo und in Flüchtlingslagern wuchs sie 1998 deutlich an und konnte insbesondere ihren Bestand an "hard core fighters" bis 1999 auf 12.000 steigern³⁰. Nach serbischen Angaben gehören dazu etwa 1.000 Söldner aus Albanien, Saudi-Arabien, dem Jemen, Bosnien-Herzegowina und

²⁷ Vgl. DER SPIEGEL 51/1998

²⁸ Vgl. SZ vom 14.4.1999

²⁹ Vgl. DER SPIEGEL 15/1999

³⁰ Vgl. Newsday vom 22.4.1999

Kroatien. Instrukteure und Ausbilder kämen aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Albanien und nicht zuletzt Deutschland. Die Ausbildung erfolge in Camps in Albanien nahe der jugoslawischen Grenze, eine Vorausbildung auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ein spezielles Ausbildungslager für Kommandoeinheiten verortet das Belgrader "Weissbuch" in einer Kaserne bei Cekmeze in der Türkei³¹. Seinen Familienbesitz bei Tropoja hat Sali Berisha, zu dessen Wahlkampf 1992 Bujar Bukoschi als Asylbewerber nachhaltig finanziell beitrug, als größte Basis der UCK bereitgestellt³². Nach einem Kriegsmonat des NATO-Luftkriegs reklamierte der UCK-Sprecher am 20. April 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" eine Armee von 50.000 bewaffneten Kämpfern sowie weiteren 50.000 Rekruten, die noch bewaffnet und ausgebildet werden müssten. Das Gebiet, das die Untergrundarmee kontrolliere, beherberge 700.000 Kosovaren.

Diese Angaben mochten übertriebene Propaganda sein. Doch während die NATO das Kriegsgeschehen im Kosovo auf die Darstellung einer serbischen Vertreibungs- und Vernichtungskampagne gegenüber einer wehr- und schutzlosen Zivilbevölkerung verkürzte, fand zugleich ein blutiger Bürgerkrieg zwischen UCK und serbischen bewaffneten Kräften statt. Nach jugoslawischen Angaben wurden allein an der Grenze zu Albanien Anfang April 1999 150 UCK-Kämpfer getötet³³. Als Grund für ihren Teilabzug aus dem Kosovo gab die serbische Generalität Mitte Mai an, die UCK sei besiegt. Allenfalls war sie jedoch aus einigen Gebieten verdrängt, in anderen stärker geworden, doch die NATO ließ die Zwecklüge Belgrads diesmal gerne unwidersprochen.

Zur Bewaffnung der kosovarischen Untergrundarmee zählen überwiegend moderne Handfeuerwaffen vom Typ Kalaschnikow. Darüber hinaus verfügt sie über Gewehrgranaten und wenige panzerbrechende Waffen, beispielsweise über die Panzerfaust Armbrust, die in deutscher Lizenz in Singapur gefertigt wird und in Expertenkreisen als "special gift" des BND gilt. Quelle des militärischen Rüstzeugs sind in Albanien seit dem Lotterieraufstand vom März 1997 vagabundierende Waffen

³¹ Vgl. Weissbuch "Der Terrorismus in Kosovo und Metohija und Albanien", Belgrad September 1998, S. 221ff.

³² Vgl. New York Times vom 10.6.1998

³³ Vgl. Los Angeles Times vom 13.4.1999

deutscher und türkischer, aber auch amerikanischer und israelischer Herkunft³⁴. Bei den Plünderungen von Kasernen und Depots wurden 1997 etwa 650.000 Feuerwaffen, 20.000 Tonnen Sprengstoff und 1,5 Milliarden Schuß Munitioin in Umlauf gesetzt, von denen etwa ein Viertel als solidarische Hilfe - zumeist jedoch gegen harte Währung - zur UCK gelangten. Die zweite Bezugsadresse für die Kampf- und Kommunikationstechnik sind von Nato-Geheimdiensten unterstützte Rüstungskäufe. Die aus dem Ausland aufgebraachten Mittel zur Aufrüstung der UCK sind für die Erstausrüstung der Untergrundarmee mit Tarnanzügen, Handfeuerwaffen und Fernmeldemitteln weitgehend verbraucht worden. Seit dem Frühjahr 1999 bemüht sich die UCK auf dem internationalen Waffenmarkt um den Ankauf schwerer Waffen, die ihr ein Vorgehen gegen gepanzerte serbische Einheiten erlaubt, bekommt aber von den "unabhängigen" Waffenhändlern offensichtlich nicht das angeboten, was sie sich an großen Kalibern wünscht³⁵.

Nachdem Pandeja Majko im Oktober 1998 Regierungschef in Tirana geworden war, setzte Albanien weiterhin alles daran, aus den konkurrierenden und notorisch zerstrittenen Fraktionen des albanischen Widerstandes eine Einheitsfront zu schmieden, die den serbischen Streitkräften durch ihre Geschlossenheit Paroli bieten könnte³⁶. Unter den Fittichen der Regierung in Tirana wurde die UCK im Norden des Landes zu einer modernen Streitmacht mit politischer Komponente aufgebaut - assistiert vom albanischen Geheimdienst SIKH und dessen Partner, dem türkischen Militärnachrichtendienst MIT. Der albanische Militäргеheimdienst soll die UCK seit 1996 auch unmittelbar bei ihren Gefechten mit den serbischen Gegnern unterstützen.

Ihre höheren Weihen als gleich- oder sogar übergewichtiger Partner neben Ibrahim Rugova am Verhandlungstisch von Ramboulett verdankt die UCK wesentlich den deutschen Aufbauleistungen, dem albanischen Patronat und der massiven Parteinahme zu ihren Gunsten seitens der Vereinigten Staaten in den ersten Monaten des Jahres 1999. Die nachrichtendienstliche Hauptrolle in Albanien spielt unter Majko die Central Intelligence Agency, die die UCK unter ihre Fittiche genommen hat, sie politisch aufwertet und als Reservoir für Agententätigkeiten und

³⁴ Vgl. u.a. Washington Times vom 8.4.1998 oder Balkan infos, Paris 5/1998

³⁵ Vgl. Newsday vom 22.4.1999

³⁶ Vgl. FAZ vom 18.1.1999

die Zielaufklärung im Kosovo einsetzt. Den Beginn erster CIA-Aktivitäten zugunsten der UCK datieren Eingeweihte bereits auf das Jahr 1992³⁷.

Der US-Sonderbeauftragte für das frühere Jugoslawien, Robert Gelbard, hatte die UCK im Februar 1998 noch als terroristische Organisation eingestuft. Nachdem US-Vertreter Ende Juni 1998 mit UCK-Angehörigen zusammengetroffen waren, zogen sich Sprecher des Pentagon und des State Department auf die Position zurück, es habe terroristische Akte von einzelnen, irgendwie mit der UCK verbundenen Menschen gegeben, das förmliche Verfahren, durch das in den USA eine Vereinigung als terroristisch eingestuft wird, sei jedoch nie eingeleitet worden. Zur Waffenbrüderschaft der NATO mit der UCK zählt seit mindestens März 1999 auch, daß in Zwei-Mann-Teams operierende französische Fernaufklärer, die etwa 80 im Kosovo eingesetzte Briten des Special Air Service und US-Spezialeinheiten wie die Delta Force Scout-Dienste der UCK in Anspruch nahmen, sich bei der Zielsuche und –markierung auf die Rebellen stützten³⁸, nachdem sich zuvor amerikanische und britische Special Forces unter der Tarnung von OSZE-Kontrolleuren im Kosovo bewegt hatten³⁹.

Offiziell hat US-Außenministerin Madeleine Albright die an sie herangetragenen Wünsche, der UCK schwere Waffen aus den USA zu liefern, am 13. April 1999 abgelehnt, um das UN-Waffenembargo nicht zu verletzen⁴⁰. Am 22. April 1999 berichtete Newsday, daß die Clinton-Administration ernsthaft die Möglichkeiten zur verdeckten Bewaffnung und Ausbildung der UCK prüfe. Auf Weisung des Nationalen Sicherheitberaters Sandy Berger hatte die CIA bereits vor Monaten mit der Ausarbeitung von Plänen begonnen, wie die UCK zu einem ernsthaften Gegner der jugoslawischen Armee aufgerüstet werden könne. Das bereits entwickelte Konzept des US-Auslandsnachrichtendienstes war im April 1999 zwischen CIA und Nationalem Sicherheitsrat umstritten und wurde mehrfach überarbeitet. Fraglich war offensichtlich, wer die UCK ausbilden sollte und ob sie die geforderten panzerbrechenden Waffen bekäme.

³⁷ Vgl. USA TODAY vom 20.4.1999

³⁸ Vgl. auch SZ vom 12.4.1999, wo UCK-Auslandssprecher Kicmari die UCK-Aufklärung zugunsten der NATO hervorhob.

³⁹ Vgl. Intelligence vom 31.4.1999

⁴⁰ Vgl. Los Angeles Times vom 13.4.1999

Der amerikanische Senator James A. Traficant unterbreitete im April 1999 einen Gesetzesvorschlag, den "Kosova Independence and Justice Act 1999", die UCK in einem Umfang von zunächst 25 Mio. Dollar zu rüsten, und begründete seinen Vorstoß hemdsärmelig damit, die Untergrundarmee bekämpfe schließlich denselben Gegner wie die US-Luftstreitkräfte⁴¹. Mit dem „Kosova-Self-Defense Act,, der 25 Millionen US-Dollar zur Ausbildung und Aufrüstung von 10.000 UCK-Kämpfern in zehn Bataillionen vorsah, stießen die Senatoren Mitch McConnell und Joseph Liebermann nach, die sich auf eine breite Lobbyarbeit des Direktors der AACL (Albanian-American Civil League) stützen konnten⁴².

Die Österreichische Militärische Zeitschrift ÖMZ rubriziert die Aufspaltung der alten Bundesrepublik Jugoslawien seit Jahren als "Neuordnung des südslawischen Raumes,,. Die ordnende Hand der Nato folgt dabei - bewußt oder unbewußt - im Kern den territorialen Mustern, die in Hitlers Reichskanzlei für die Zeit nach dem "Endsieg" in den Schubladen ruhten: Ein im Nordwesten dominierendes, gleichwohl abhängiges Kroatien und im Südosten ein großalbanisches Gegenstück. Insofern unterlag die vom Pentagon zur Vorbereitung eines Bodenkrieges vorgenommene Analyse der dort verlorenen Schlachten der Hitler-Wehrmacht einer gewissen Logik. Mißlich ist diese Traditionslinie für jene, die im Krieg um die Köpfe die tiefe linke Flanke der Nato sichern. Frank Schirrmacher hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung daraufhingewiesen, daß Joschka Fischer dieses Dilemma auf dem Bielefelder Sonderparteitag mit einer „grandiosen List,, ins Gegenteil zu kehren suchte: „Ihm gelingt es nicht nur durch die Aussendung des kaum verschlüsselten Signals, die Nato zur Hilfstruppe einer Guerilla zu machen. Er heilt den biographischen Riß, der durch die Lebensläufe seines Publikums geht; plötzlich geht der Legendenschein Che Guevaras und die Fisch-und-Wasser-Lehre aus der Mao-Bibel über den Verteidigern des Krieges auf,,. Laut weitergedacht hat der Bundesaußenministers seine Parabel, Milosevic lasse aus dem Kosovo das ganze Wasser ab, um die UCK auszutrocknen, nicht. Anderenfalls hätte sich die Frage angeschlossen, was im Falle des von allen befürworteten Rückflutens käme: Würde der im Auffangbecken besonders gut genährte Kampffisch UCK zum Vegetarier mutieren oder im Kosovo und in Richtung Makedonien und Griechenland über sein Revier hinaus die Jagd wieder aufnehmen? Allerhand Abträgliches über die UCK –

⁴¹ Vgl. Washington Times vom 20.4.1999

⁴² Vgl. The New American vom 24.5.1999

wie ihre Finanzierung aus der Organisierten Kriminalität oder ihre Sabotage jedes Verständigungsfriedens durch Terrorakte – blieb unausgesprochen, vor allem aber die in diesem Fall so notwendige Antwort darauf, wo die geistige Übereinstimmung der „westlichen Wertegemeinschaft„ mit den von ihr bis Februar 1999 so apostrophierten terroristischen Vereinigung liegt.

Auf den ersten Blick sind die UCK-Rebellen ideologisch wenig festgelegt, das kosovarische Gegenstück zu den serbischen Tschetniks, nationalbesoffen und kriegslüstern. In den deutschen Medien ist die Frage nach den geistigen Wurzeln der albanisch-kosovarischen Guerilla kaum aufgeworfen worden, allenfalls wird sie - wie von dem albanischen Schriftsteller Beqe Cufaj - als „Organisation mit linker politischer Vergangenheit„ vorgeführt. Die New York Times wies allerdings in einem Kommentar vom 28. März 1999 darauf hin, daß es bei der UCK hinter dem großalbanischem Nationalismus eine skuril anmutende Mischung zweier gleichermaßen totalitärer Lager gibt: Reaktionäre Marxisten-Leninisten, die auf Albaniens Diktator Envar Hodscha fußen, und Abkömmlinge faschistischer, von Italien gegründeter Milizen aus dem Zweiten Weltkrieg.

Nach dem Aufstand der Kosovo-Albaner von 1981 begann eine massive Verfolgung der Separatisten. Viele Opfer dieser serbischen Repression gingen ins Exil, suchten ihre politische Heimat vielfach in marxistisch-leninistischen Zellen und ihr Auskommen durch eine Kooperation mit der albanischen Mafia. Nachdem der ideologisch auf Mao tse Tung fixierte Envar Hodscha Ende 1982 einen blutigen Machtkampf gegen die Anhänger des albanischen Ministerpräsidenten Mehmet Schehu gewonnen hatte, die er der Zusammenarbeit mit der CIA und dem jugoslawischen Nachrichtendienst UDBA verdächtigte, setzten in Albanien Säuberungen ein, die Schehus Gefolgsleute ins türkische und westeuropäische Ausland trieben.

Welche Rolle die aus Albanien und dem Kosovo vertriebenen Nationalkommunisten für die Entwicklung der UCK spielten, läßt sich an der Figur Xhavit Haliti festmachen. Haliti war Offizier des albanischen Geheimdienstes SIGURIMI und seines Nachfolgers SIKH und in dieser Eigenschaft mit der Betreuung der Hodscha-Anhänger im Schweizer Exil betraut. 1990 wurde sein Haus in Zürich durch einen

Anschlag des serbischen Geheimdienstes zerstört. Als sich am 13. August 1998 das zunächst sechsköpfige Führungsgremium der UCK etablierte, gehörte er zu diesem engeren Kreis und im Februar 1999 zählte er zu den albanischen Vertretern in Rambouillet. Mit der Umgliederung der UCK-Führung im Mai 1999 rückte dieser Nachrichtendienstoffizier Tiranas zum Repräsentanten der UCK in Albanien auf. Vor dem Verfolgungswahn Hodschas hatte sich auch ein Teil der Elite – insbesondere aus Albaniens SIGURIMI - nach Jugoslawien abgesetzt und wurde dort vom Belgrader Geheimdienst im Kosovo angesiedelt – in der Hoffnung, den großalbanischen Nationalismus kontrollierend unter die eigenen Fittiche genommen und zugleich ein beachtliches Störpotential für den inneren Frieden des Nachbarlandes in der Hand zu haben. Die jugoslawischen Offiziere und Politiker, die ab 1996 zur UCK übertraten, kamen zum Teil aus diesem Lager. Ein anderer Teil erfüllte bis 1997 offensichtlich die Erwartungen Belgrads, bis auch er sich wieder dem albanischen Nationalismus verschrieb. Vertraute von Albaniens Staatschef Sali Berisha klagten im März 1997, eine Koalition aus albanischen Alt-Stalinisten und Geheimdiensten christlich-orthodoxer Staaten habe den Präsidenten gestürzt. Da sie den Hintergrund ihrer Vorwürfe nicht offenbarten, glaubte die Öffentlichkeit an eine obskure Verschwörungstheorie, obwohl Professor Marc Almond von der Oxford-University ebenfalls eine Verbindung von albanischen Marxisten und der Mafia sah, die auf diesem Wege die Rückkehr zur Macht vorbereitete. Parallel zur Offensive im Kosovo versuchten offensichtlich dieselben politischen Kräfte im Mutterland die Macht erringen. Daß der Chef der provisorischen Regierung und vormalige Geheimdienstchef der UCK, Hashim Thaci, aus diesem Stall der Nationalkommunisten stammt, zeigt die dominierende Stellung dieser Geistesströmung in der UCK. Doch die Rebellenarmee hat auch eine nationalsozialistische Komponente.

„Skanderbeg“ heißt der Albanerclub in Ludwigshafen und der Name dieses im 15. Jahrhundert gegen das Osmanische Reich kämpfenden Freiheitshelden war auch der Ehrenname der im April 1944 von Heinrich Himmler aufgestellten, in weiten Teilen mit Kosovaren aufgefüllten 21. Division der Waffen-SS, die - wie heute die UCK - den albanischen Doppelgreif im Wappen führte. Bei ihren "Einsätzen im örtlichen Partisanenkampf" beging dieser SS-Verband zahlreiche Kriegsverbrechen

an Juden und Serben⁴³. Der Lagebericht des für die Feindlagebeurteilung zuständigen Ic dieser Division vom 7. Juli 1994 hielt fest: "Die Festsetzung und Abschiebung der Juden zur Arbeitsleistung in das Reich, sowie ihre Enteignung und die Aufdeckung der gut organisierten kommunistischen Organisation sowie die Sicherheitsverwahrung der Kommunisten und Bandenhelfer in einem KZ in Pristina hat in dieser Richtung die Lage geklärt und im alteingessenen Volk Kosovos Genugtuung erzeugt". Italien hatte 1941 den Kosovo weitgehend aus Jugoslawien gelöst und Albanien zugeschlagen und damit das Tor zum Völkermord an den Serben im Kosovo aufgestoßen. Als Titos Partisanen Ende 1944 den Kosovo eroberten, floh das Fußvolk in die Berge, die politische und militärische Elite ging nach Italien.

Auf den ersten Blick handelt es sich bei dieser Traditionslinie der UCK um eine deutsch-italienische Erblast. Doch Hasan Dosti, Justizminister der Quisling-Regierung in Albanien, Xhafer Deva, Innenminister des italienischen Besatzungsregimes, und Midhat Frasheri, Chef der mit den Nazis kollaborierenden Organisation Balli Kombetar, gingen 1949 in die USA, um dort das Nationalkomitee für ein freies Albanien aufzubauen. Zuvor war Frasheri 1947 mit dem US-Botschafter in Rom übereingekommen, 50 führende Albaner zum Kampf gegen den Kommunismus in ihrer Heimat in die USA zu schicken. „Sobald sich Frasheri, Deva, Dosti und noch einige seiner Mitarbeiter in den USA befanden, gründeten sie das Nationale Komitee für ein freies Albanien, das von der CIA großzügig finanziert wurde. (...) Sie alle waren als hohe Funktionäre im Nationalen Komitee für ein freies Albanien sowie in zahlreichen albanischen Vereinen in den Vereinigten Staaten tätig,⁴⁴ hatte der US-Geheimdienstexperte Christopher Simpson 1988 recherchiert. Und diese Albaner- und Kosovaren-Vereinigungen mit faschistischen Wurzeln sahen ab dem Ende der 80er Jahre die Chance, nun zu erreichen, was den dilettantischen Kommandounternehmen der CIA in den späten 40er Jahren versagt blieb: Die Befreiung Albanien und der Anschluß des Kosovo. Die Albanisch-Amerikanische Liga AACL proklamiert dabei ein Großalbanien, das Albanien, den Kosovo sowie Teile Makedoniens, Montenegros und Griechenlands umfaßt. Sie mobilisiert geschickt die amerikanische Öffentlichkeit, sammelte Millionen von Dollar für die

⁴³ Vgl. ausführlich Stamm, Christoph, Zur deutschen Besetzung Albanien 1943-1944, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1981, S. 99ff.

⁴⁴ Simpson, Christopher, Der amerikanische Bumerang, Wien 1988, S. 156f.

UCK und sprach erfolgreich im Nationalen Sicherheitsrat vor, um die US-Militärs für eine Kooperation mit der Rebellenarmee zu gewinnen. Der Direktor des AACL Joseph DioGardi beschwor Clinton in einem offenen Brief: „Mister President, wie viele Albaner müssen sterben, bevor wir das Richtige tun, nämlich die UCK bewaffnen - wie wir es mit den Kroaten in Bosnien getan haben - und NATO-Bodentruppen einsetzen, um den Völkermord zu stoppen und zu vollenden, was wir begonnen haben?„

Optimisten hoffen, unter amerikanischem Einfluß würde eine neue UCK entstehen, die wenigstens zum Teil umsetzt, was sie an Versprechungen für eine Demokratie in ihrem Machtbereich öffentlichkeitswirksam verbreitet. Doch ihr absehbarer Umgang mit der politischen Opposition spricht nachhaltig dagegen. Ibrahim Rugova wurde als Verräter gebrandmarkt und hat bereits Todesdrohungen aus den Reihen der UCK erhalten. Sollte Salman Rushdie beim deutschen Außenminister so vergebens an die Aufgabe der Unterstützung der Verfolger des Schriftstellers Rugova appellieren, wie er es in eigener Sache beim Amtsvorgänger Fischers tat? Schon, was die UCK-Flügel eint, militanter Nationalismus mit großer Sprengkraft für die Region, hätte vor Wochen noch grüne Sympathie nicht gefunden. Was sich bei Joschka Fischers Tupamaros an linkem und rechtem Extremismus vereint und vermischt, war den Delegierten in Bielefeld wohl nicht bewußt, als „ihr,, Außenminister sie auf den neuen Waffengefährten einschwor. Wer die UCK aus parteitaktischen Gründen mit dem Nimbus von Freiheitskämpfern für eine humanitäre Demokratie versieht, heult mit den Grauen Wölfen. In Bielefeld Abkömmlinge der Sturmtruppen Hitlers und Hodschas auf dem leuchtenden Pfad grüner Kriegslogik marschieren zu lassen, zielt auf die Linderung urgrüner Bauchschmerzen. Kopfschmerzen hätte es nicht geheilt. Um wiederum mit Frank Schirrmacher zum Abschluß zu kommen: „Das Pentagon und die Rhetorik Fischers – das sind nur zwei Beispiele für den ungeheuer didaktischen Charakter, den der gegenwärtige Krieg von Anfang an angenommen hatte,, – weithin eine Didaktik der Lehre vom gerechten Krieg. Für jede Didaktik aber gilt, was Herwig Blankert, Siegfried Bernfelds Einsichten aus dem Jahre 1925 referierend, ihr an Grenzen setzt, sie ist eben „kein Modell für eine pädagogische Wissenschaft, sondern die Karikatur ihrer Impotenz: Alle Kärnerarbeit ist, weil zu kurzatmig angesetzt, im falschen Bewußsein getan,,.

Im August 1998 ging der albanische Premier Fato Nano mit dem Problem der militanten Fundamentalisten, die als Mitstreiter der UCK nach Albanien geströmt waren, in die Öffentlichkeit, nachdem er zuvor von der US-Botschafterin Lyno über die Cruise-Missile-Schläge gegen eine Fabrik in Sudan und das Hauptquartier Ibn Ladens in Afghanistan unterrichtet worden war. Seit Juli gab es in Albanien bereits eine strenge Kontrolle einreisender Araber und einige Verhaftungen von Fundamentalisten. In Sarajewo hatten die USA erst nach dem Kriege nachhaltigen Druck ausgeübt, um Izetbegovic zur Vertreibung seiner aus Teheran entsandten nachrichtendienstlichen und militärischen Helfer zu zwingen, in Tirana ist offensichtlich in dieser Hinsicht Vorsorge getroffen worden. Der Finanzierung der UCK durch Ibn Laden und einer Ausbildung kosovarischer Rebellen in Afghanistan⁴⁵ schieben die Amerikaner ebenfalls Riegel vor. Daß sich bei der UCK weiterhin Moslem-Kämpfer befinden, steht dazu nicht im Widerspruch. Vielmehr handelt es sich, wie bei der GIA in Algerien, um Afghanistan-Veteranen der CIA, will meinen: Die CIA schickt wieder ihre Afghanen ins Rennen und setzt bei der UCK auf eine Waffenbrüderschaft mit europäischen Muhadscheddin.

Der Bundesnachrichtendienst ist 1999 von den Berufskollegen aus Langley — wie es neudeutsch heißt — getopt worden. Mit zunehmender Wichtigkeit der Rebellenarmee hat die CIA den BND entmachtet, ähnlich wie ab dem Dezember 1994 in Zagreb, als der US-Geheimdienst die von Pullach über Jahrzehnte an die politische Macht geführte Ustascha-Bewegung unter seine Fittiche nahm.

Kontakte bestehen zwar weiterhin zwischen UCK-Führern und ihren Ziehvätern in Pullach, aber seinen Einfluß hat der Bundesnachrichtendienst auch deshalb verloren, weil die Bundesrepublik Deutschland ernsthaft und zuletzt mit den G-8-Beschlüssen an der Entwaffnung der UCK festhält, während sich die USA — nachrichtendienstlich allemal — die Option offenhalten, die Rebellenarmee zu ihrer Bodentruppe zu machen. Nachdem der "Fehltreffer" amerikanischer Kampfflugzeuge auf chinesische Botschaft in Tirana zunächst in völlig unglaublicher Weise auf veraltete Stadtpläne der CIA geschoben wurde, machte anschließend die Variante die Runde, ein UCK-Kämpfer habe vorsätzlich eine Lasermarkierung für die NATO-Bomber auf die Vertretung Pekings gesetzt⁴⁶. Ganz sicher war dieser Luftangriff ein Anschlag auf die G-8-Entscheidung zur bestimmenden Rolle des Weltsicherheitsrats bei der

⁴⁵ Vgl. SZ vom 5.5.1999

⁴⁶ Vgl. die Agentur agi vom 14.5.1995

Einsetzung einer Übergangsverwaltung für die Provinz Kosovo und gegen die beschlossene Demilitarisierung der UCK. Da ist nur noch die Frage offen, wo der angelsächsische Führungsoffizier des UCK-Manns sich aufhielt, als die Lasermarke gesetzt wurde.

Das auf dem Bielefelder Sonderparteitag am 13. Mai 1999 von Joschka Fischer vorgebrachte Argument, der rot-grüne Kriegskurs sei auch eine Folge zehnjähriger verfehlter Politik der Kohl-Regierung, ist insofern nicht unbegründet, als die alte Bundesregierung durch ihre Geopolitik in Albanien und im Kosovo die Bürgerkriegssituation dort seit 1996 mitzuverantworten hat. Er blendet jedoch völlig aus, daß die Union der Selbstmandatierung der NATO wohl nicht zugestimmt hätte. Das zeichnete sich bereits im Juni 1998 ab, als Volker Rühle und Klaus Kinkel auf einem UN-Mandat für jeden Militäreinsatz beharrten, während Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat auch Optionen ohne UN-Mandat in Betracht ziehen wollte⁴⁷. In welcher Weise die frischgebackene und in so vielen Politikfeldern ungefestigte rot-grüne Bundesregierung seit Oktober 1998 und vor allem in Rambouillet sich ohne nachhaltige Widerrede auf US-Kurs zwingen ließ, hat das ZEIT-Dossier "Wie Deutschland in den Krieg geriet" vom 12. Mai 1999 vor Augen geführt. Joseph Fischer, der sich auf dem glatten internationalen Parkett so sicher zu bewegen schien, ist ausgerutscht und hart gefallen. Eine für manche und manchen aus der Friedensbewegung bittere Erkenntnis daraus lautet: Ein für eine letzte halbe Amtszeit als Kanzler wiedergewählter Helmut Kohl hätte sich nicht von Bill Clinton in 15 Minuten zur Entscheidung über Krieg und Frieden drängen und als Scheinselbständiger behandeln lassen. Er hätte alles getan, um Europa diesen Krieg zu ersparen. Bei Asylinitiativen findet diese fundamentale Veränderung bei der Orientierung auf politische Treuhänder ihre Entsprechung darin, daß die Union im Bosnien-Krieg über 300.000 Flüchtlinge in Deutschland aufnahm, während Otto Schily - als Schröder und Fischer von der größten humanitären Katastrophe in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg sprachen - das Boot mit 10.000 Kosovarinnen und Kosovaren schon als voll, den deutschen Vergnügungsdampfer als überfüllt ansah. Wenn Rudolf Scharping seinen Blick in die Mikrofone senkt, ist vielfach von Zynismus die Rede. Auch ihn darin zu überbieten, eint das Kabinett.

⁴⁷ Vgl. FR vom 10.6.1998

Die französische Regierung hatte vor Beginn der NATO-Luftangriffe davor gewarnt, daß die westliche Allianz mit dem Beginn des Bombardements in die Rolle der schweren Artillerie und der Luftstreitkräfte schlüpfen würde. Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß die UCK als leichte Infanterie der NATO - sei es in einem angelsächsisch geführten Bodenkrieg, sei es auf sich allein gestellt – hätte in die Großoffensive gehen können. Vordergründig hatte dies den militärischen Vorteil, daß die ortskundigen und teilweise im Partisanenkampf erfahrenen UCK-Kämpfer entsprechend munitioniert dem serbischen Militär schwerere Schäden hätten zufügen können, als es die Luftschläge der NATO vermochten. Überdies hätte ein hoher Blutzoll bei der UCK als "Kanonenfutter" der NATO in keinem westlichen Land zu innenpolitischen Turbulenzen geführt.

Diese Option barg jedoch zwei dramatische Gefahren: Einerseits hätte die UCK schon während des Krieges grausame Rache an den serbischen Zivilisten im Kosovo genommen und die NATO damit zum Schirmherrn neuer Greuelthaten gemacht. Andererseits hätte die UCK aus ihrem militärischen Engagement den politischen Anspruch abgeleitet, bei den Verhandlungen zur Nachkriegsstruktur des Kosovo mit einem Monopolanspruch auf der kosovarischen Seite des Verhandlungstisches zu sitzen. Ibrahim Rugova wurde von zahlreichen UCK-Sprechern bereits als Verräter gebrandmarkt⁴⁸ und seine nach der Freilassung in Rom bekräftigten gemäßigten Positionen veranlaßten die USA, der Rebellenarmee auch das politische Feld ganz zu überlassen. Rugovas jüngste Standortwahl in Deutschland machte ihn nun zu einer zentralen Figur in den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den USA um die territoriale Neuordnung der Region.

Für die Nachkriegsordnung auf dem Balkan entsteht durch die amerikanische Komplizenschaft mit der UCK neues Konfliktpotential, das sich an mindestens drei Gefahrenpunkten festmachen läßt: Erstens hat der israelische Außenminister Sharon am 7. April 1999 nachdrücklich vor einem Großalbanien als einem Hort des internationalen Terrorismus gewarnt⁴⁹ und damit die Parallelen aufgezeigt, die zwischen der CIA-gestützten Schaffung von europäischen Muhajeddin und dem Desaster der amerikanischen Politik in Afghanistan bestehen. Dabei geht es einerseits um die der israelischen Staatsräson folgende Unterstützung Belgrads

⁴⁸ Vgl. u.a. taz vom 3.5.1999

⁴⁹ Vgl. FAZ vom 8.4.1999

gegen die "Muslim"-Staaten Bosnien-Herzegowina und Albanien, andererseits um die wehrtechnische Geschäftstüchtigkeit des Mossad⁵⁰. Auch Phyllis Oakley, stellvertretende US-Ministerin für Geheimdienstangelegenheiten, äußerte im April 1999 die Sorge, die muslimisch dominierte UCK könne ebenso radikalisiert und unkontrollierbar werden, wie die heute für zahllose Terrorakte verantwortlichen Glaubenskämpfer, die die USA der Sowjetunion in Afghanistan einst entgegengesetzt hatten⁵¹.

Zum zweiten verweist Makedonien aus gutem Grunde darauf, daß der Machtanspruch der UCK und ihres Paten in Tirana auch einen beträchtlichen Teil seines Staatsgebiets in das angestrebte Großalbanien einbezieht. Mit großer Sorge sieht die Regierung in Skopje, wie die UCK geheime Waffenlager im Lande anlegte, in den Flüchtlingslagern und rund um Tetovo bereits ihre Fahne aufgepflanzt hat und in welchem Umfang sie unter den makedonischen Albanern Propaganda für den Separatismus entfaltet. Jede Gewährung von vollständiger Selbständigkeit des Kosovo würde bei den Separatisten in Makedonien als Ermutigung angesehen, dem Vorbild der UCK mit Terrorakten gegen staatliche Einrichtungen nachzueifern. Wessen Partei soll eigentlich "die" NATO bei einem solchen vierten Balkankrieg ergreifen? Etwa nur Albanien und Bulgarien bei der Aufteilung der Beute mäßigen?

Zum dritten fürchtet die Regierung in Athen, daß ihr in dem latenten Dauerkonflikt mit dem "Erzfeind" Türkei nunmehr nicht nur die Front in der Ägäis droht, sondern daß Griechenland über ein von der Türkei mit amerikanischer Rückendeckung nachhaltig unterstütztes Großalbanien geostrategisch in die Zange genommen würde. Der nicht ganz so kalte Krieg zwischen den NATO-Partnern könnte nach einem endgültigen Sieg der türkischen Sicherheitskräfte über die Kurden lauwarm werden. Daß diese Befürchtung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt die Gründung einer Schwesterorganisation der UCK im Frühjahr 1999, die sich die "Befreiung" der Albaner im Nordzipfel Griechenlands auf die Fahne geschrieben hat. Daß Ankara Hemmungen haben könnte, militante Separatisten in Griechenland zu unterstützen, steht nicht zu erwarten. Hat das türkische Außenministerium doch erst im Februar

⁵⁰ So sollen die großen Flugüberwachungsradare in der Bundesrepublik Jugoslawien nicht - wie oft verlautbart - russische Systeme vom Typ Tamara sein, sondern von Israel geliefert.

⁵¹ Vgl. Newsday vom 22.4.1999

1999 eine Broschüre veröffentlicht, die den Nachweis führen soll, daß Griechenland den Terrorismus der kurdischen PKK auf vielfältige Weise unterstützt hat⁵².

Im Sommer 2000 bleibt nachzutragen, dass diese Gefahren ebensowenig vom Tisch sind wie ein Anwachsen der militärischen Gewalt im Kosovo durch die UCK im Schatten eines drohenden Bürgerkrieges in der Bundesrepublik Jugoslawien um Montenegro. Entgegen den proklamierten politischen Zielen und den medienwirksam in Szene gesetzten Abrüchtungsmassnahmen der UCK, hat die Rebellenarmee sich nicht entwaffnen lassen und einen gewichtigen Teil ihres militärischen Potentials gebunkert. Nach anfänglich kleineren Waffenfunden stiessen KFOR-Soldaten im Juni 2000 auf größere Waffenverstecke der UCK. Am 18. Juni stiessen die Friedenstruppen beispielsweise auf das bisher größte illegale Waffenlager bei Klecka im Drenica-Gebirge, in dem in vier Bunkern tonnenweise Kriegsgerät vorgefunden wurde. Dass es sich nicht um aus dem Ruder gelaufenen Splittergruppen der UCK handelt, die weiterhin auf terroristische Gewalt setzen, machte dabei die Tatsache deutlich, dass dieses Depot nur einige hundert Meter vom Hauptquartier des ehemaligen UCK-Generals Ceku entfernt lag, der heute Kommandeur des „zivilen“ Kosovo-Schutzkorps ist⁵³.

Naturgemäß weiß ein Bundesaußenminister von Außen-Amts-wegen, aus diplomatischen und nachrichtendienstlichen Quellen, um diese Sachverhalte. Nach serbischer Darstellung hat Joseph Fischer bei seinem Besuch in Belgrad von Slobodan Miliosevic ein auf den 8. März 1999 datiertes Papier zur Unterstützung der UCK durch die Bundesrepublik persönlich überreicht bekommen und damit ein Signal, daß Milosevic an die zu diesem Zeitpunkt angebotene Entwaffnung der UCK ernsthaft nicht glauben konnte, weil Nachrichtendienste von NATO-Staaten die Rebellenarmee zugleich mit leichten Waffen versahen. Die grüne Basis beklagte im Angesicht der unabsehbaren Dauer des Luftkriegs vielfach Bauch- nicht etwa Kopfweh, mithin Schmerzen dort, wo die Entscheidung für den Kriegseinsatz gefallen war. Zu den Verwerfungen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik durch den Krieg zählt nämlich auch, daß diejenigen, die mit dem Bauch denken und überwiegend mit der Tränendrüse argumentieren, Realos geheißen werden.

⁵² Vgl. Ministry of Foreign Affairs (Hrsg.), Greece and PKK Terrorism, Ankara 199

Ein grünes Parteivolk in diese Hintergründe und die Komplexität der Machtspiele im Kosovokrieg einzuweißen, und dabei in aller Offenheit den Schritt zu einer "normalen" Partei zu vollziehen, wäre für den Außenminister einem politischen Selbstmord gleichgekommen. So konzentrierte sich der profilierteste Realpolitiker darauf, die grüne Seele mit der Magermilch der frommen Denkungsart abzuspeisen und jenes permanente Mitleid mit den geschundenen Kosovarinnen und Kosovaren vorzuweisen, das er für die stumme Vielfalt humanitärer Katastrophen in anderen Weltregionen noch nicht entdeckt hat. Rächen könnte sich die Fixierung auf den kategorischen Imperativ eines um jeden Preis Menschlicheitbeibombens, wenn die klandestinen Manöver der Beteiligten klarere Konturen bekommen und unterdrückte Fakten sich Bahn in die Öffentlichkeit brechen. Die Anwürfe aus den Reihen von Bündnis'90/Die Grünen gegen Fischer würden wohl - je nach eigener Realitätsnähe - vom Vorwurf der vorsätzlichen Unterschlagung der ganzen Wahrheit bis zum Verdacht des Realitätsverlustes reichen.

Angelika Beer, früher friedens- nunmehr verteidigungspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, hat nach dem Bielefelder Sonderparteitag dem ARD-Bericht aus Bonn anvertraut, bei ihrer Rückendeckung für den Regierungskurs sei sie auch von geheimen, nur Insidern zugänglichen Informationen geleitet worden. Das war mutig gegenüber einer Partei, die Geheimzirkel als Entscheidungsinstanzen bisher mit ihrer politischen Kultur für unvereinbar hielt, war von keinem Zweifel getrübt, sie könne mit ausgewählten Fakten geködert worden sein, und war vor allem von der naiven Hoffnung überstrahlt, man habe ihr, der Elevein der Machtpolitik, die ganze Wahrheit offenbart. Warum diese ganze Wahrheit das Licht der Öffentlichkeit scheuen muß, wo sie doch so essentiell zur Stärkung der kränkelnden Kriegslegitimation wäre, das ließ Frau Beer offen.

Slobodan Milosevic hatte offensichtlich begriffen, daß das historische Fenster, in dem er zwischen einem G-8-Friedensplan und der bedingungslosen Kapitulation vor den Angelsachsen in der NATO wählen konnte, nur noch wenige Tage offen stand. Sich der vom Finnen Achtisari durchgebrachten Lösung zu verweigern, hätte den USA die Legitimation zu weiterem Luft- und anschließendem Bodenkrieg verschafft.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat diesen Durchbruch beim EU-Gipfel einen Sieg Europas genannt - nicht etwa der NATO - und damit einen Affront gegen Clinton und

die Führungsmacht der NATO begangen, der in Washington umso härter empfunden wird, als in Köln zugleich der Grundstein für eine westeuropäische Interventionsfähigkeit und überdies eine gemeinsame Strategie für die Zusammenarbeit mit Rußland entwickelt wurde.

Der Friedensplan sieht die Demilitarisierung der UCK vor. Sie wird sich dem absehbar nicht beugen, das Vakuum beim Abzug der serbischen Polizei- und Streitkräfte füllen, und die Waffen bunkern, statt sie abzugeben, weil ihre politischen Ziele eines Großalbanien oder mindestens selbständigen Kosovo nicht erreicht wurden. In der Folge steht die internationale Implementierungstruppe in der jugoslawischen Provinz vor dem Problem, daß die Rebellenarmee mit militärischer Gewalt agieren wird, Gewalt gegenüber der serbischen Minderheit und gegenüber kosovarischen „Kollaborateuren,, ausüben wird. Nicht selten sind aktuell auch Anschläge gegen Friedenskонтингенте der Staaten, die zur Durchsetzung der Demilitarisierung beitragen, irische Verhältnisse verhindern wollen.

Zugleich wird dies die Nagelprobe darauf sein, ob die politisch blamierten Vereinigten Staaten und Europa als Ordnungsmacht im Kosovo an einem Strang ziehen, oder mit unterschiedlichen Zielsetzungen, insbesondere, was den Endverbleib des Kosovo in der Bundesrepublik Jugoslawien betrifft, agieren werden.

Ein nachrichtendienstliches Hauen und Stechen zwischen den Verbündeten der UCK – namentlich der USA, der Türkei und Albanien – mit den Gegnern der Rebellenarmee – Rußland, Griechenland und möglicherweise Serbien selbst – ist in dem fortgesetzten Bürgerkrieg wesentlich wahrscheinlicher als ein komplementäres Vorgehen bei der Durchsetzung aller G-8-Vereinbarungen.